

LIVEÜBERTRAGUNG DER STADTRATSSITZUNGEN IM INTERNET



In der Stadtratssitzung am 10. Dezember 2012 hat unsere Fraktion beantragt, die öffentlichen Ratsitzungen via Live-Stream im Internet zu übertragen. Schon mehrere Städte und Gemeinden in Deutschland (u.a. Regensburg, Gera, Jena und Bonn) tun dies be-

reits. Wir sind der Auffassung, dass dadurch die Anteilnahme der Mitbürgerinnen und Mitbürger an politischen Entscheidungsprozessen deutlich gesteigert werden könnte. Die große Koalition aus CDU und SPD hat dies verhindert.

W-LAN FÜR LUDWIGSHAFEN

Der freie und kostenlose Zugang zum Internet über W-LAN wird in vielen öffentlichen und privaten Bereichen (Gastronomie, Hotels usw.) zu einem wesentlichen Standortfaktor.

Kostenloses W-LAN steigert die Attraktivität und Aufenthaltsqualität der Stadt auch im Sinne des Stadtmarketings und ist ein Beitrag zur Informations- und Meinungsfreiheit. Drei grundsätzliche Modelle bieten sich an: a) die Einrichtung des freien W-LAN in öffentlicher Trägerschaft, b) ein Modell, bei dem ein privater Betreiber die Einrichtung und den

Betrieb übernimmt und dies per Werbung finanziert, und c) gemeinsame Strukturen im Sinne eines „Freifunks“. Die freie Verfügbarkeit, die Kosten und der Umgang mit der im deutschen Recht vorgesehenen Störerhaftung (Haftung für unzulässige Nutzungen des W-LAN) sind dabei unsere wesentlichen Kriterien.

Aktuell hat sich Christoph Keimes, neuer Center-Manager der Rhein-Galerie Ludwigshafen, unserer Forderung angeschlossen. Er möchte am liebsten schon in diesem Sommer ein kostenloses W-LAN für alle Passanten einführen!

WIR BEWEGEN WAS IN LUDWIGSHAFEN

- ✓ Wir treten seit Jahren massiv ein für eine Halbierung der Aufwendungen für die Fraktionen und die Stadträte!
- ✓ Wir haben Verbesserungen im Schülerbusfahrplan u.a. für die IGS Gartenstadt durchgesetzt!
- ✓ Wir setzen und setzen uns weiterhin für ein Parkplatzkonzept am Klinikum und Marienkrankenhaus ein!
- ✓ Wir fordern eine ständige Polizeiwache am Berliner Platz, damit man sich dort auch nachts wieder sicher fühlen kann!
- ✓ Wir haben Online-Kfz-Anmeldungen gefordert!
- ✓ Wir forderten für jedermann erschwingliche Preise im mit öffentlichen Geldern restaurierten Turmrestaurant im Ebertpark!
- ✓ Wir erreichten, dass im Ebertpark wieder der Kiosk geöffnet und an der Rhein-Galerie (Platz der Deutschen Einheit) ein Taxi-stand eingerichtet wurde!
- ✓ Wir haben bessere Qualität der „gelben Säcke“ gefordert!
- ✓ Wir sind für die Bereitstellung von kleinen Wertstofftonnen eingetreten!
- ✓ Wir forderten eine bessere Bürgerinformation vor dem Beschluss zur Sanierung des Metrogeländes!
- ✓ Wir haben die Abschaffung der Kampfhundsteuer beantragt, da Raselisten kein Hinweis auf besondere Gefährlichkeit geben, sondern der Besitzer für das Verhalten seines Tieres entscheidend ist!
- ✓ Wir sind für die Einführung eines Bürgerhaushaltes, bei dem die Bürger über die Verwendung der Haushaltsmittel, aber auch bei Einsparungen mitbestimmen können!
- ✓ Wir haben für die Sicherung der Museumstücke des „Alten Frankenthaler Kanals“ gesorgt!
- ✓ Wir sind für familienfreundliche Preise beim Wildpark und für einen sinnvollen Streichelzoo eingetreten!
- ✓ Wir haben uns für ein besseres Marketing der Stadtbibliothek eingesetzt!
- ✓ Wir treten für einen sinnvollen Brandschutz ein; es kann nicht sein, dass ein riesiger Sanierungsstau an den Gebäuden besteht, aber eine Luxusbrandschutzsanierung erfolgt!

LIEBE MITBÜRGERINNEN, LIEBE MITBÜRGER

mit diesem Flyer gibt Ihnen die Stadtratsfraktion der Freien Wähler einen Ausschnitt über ihre Arbeit für die Stadt Ludwigshafen in den letzten fünf Jahren.

Als Freie Wähler sind wir ein eingetragener Verein, der die Interessen von Ludwigshafen vertritt. Wir sind unabhängig von der Landesregierung in Mainz sowie der Bundesregierung in Berlin. Wir setzen uns ausschließlich für die Interessen von Ludwigshafen ein.



Da wir keine Rücksicht auf die Landesregierung nehmen müssen, haben wir beantragt, dass die Stadt Ludwigshafen die Landesregierung wegen der absolut unzureichenden Finanzausstattung verklagt. Das von den Freien Wählern seit Jahren geforderte Konnexitätsprinzip, was bedeutet: „Wer bestellt, der bezahlt!“, wird seit Jahren zu Lasten von Ludwigshafen durch die Politiker in Mainz und Berlin mit Füßen getreten. Da wir einen Schuldenberg von 1,2 Milliarden Euro vor uns herschieben, leben wir derzeit auf Kosten unserer nachfolgenden Generationen. Selbst unsere Ludwigshafener Bundes- und Landtagsabgeordneten verhinderten nicht, dass durch neue Gesetze unsere Stadt sich weiter verschulden muss.

Informieren Sie sich über unsere Arbeit! Wir sehen uns als Bürgerinitiative, die die Interessen aller Bürgerinnen und Bürger wahrnimmt. Gerne nehmen wir Ihre Ideen und Anregungen auf! Setzen Sie sich bitte mit uns in Verbindung!

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Rainer Metz
Fraktionsvorsitzender

FWWG

STADTRATSFRAKTION

Herausgeber:

FWG-Stadtratsfraktion
Dr. Rainer Metz
Schuckertstr. 8
67063 Ludwigshafen
Tel: 0621 694653
Fax: 0621 691746



Mehr Info: www.fwg-fraktion-lu.de

FWWG

STADTRATSFRAKTION

Erfolgreiche Politik für LU



FRAKTIONSBLANZ 2009/2014

LUDWIGSHAFEN AM RHEIN



An Haushalte mit Tagespost

FINANZIELLE SITUATION

Zinsbelastung: Ludwigshafen wird Ende 2014 über 1,2 Milliarden EURO Schulden haben. Deshalb müssen - trotz eines historisch niedrigen Zinsniveaus - über 36 Millionen EURO an Zinsen jährlich bezahlt werden. Dieses Geld fehlt in Lu an allen Ecken und Enden. Gleichzeitig erhöht sich die Verschuldung um über 55 Millionen EURO, was bedeutet, dass die Zinsen mit neuen Darlehen bezahlt werden müssen. Skandalös ist auch die Tatsache, dass von der von den 35.000 BASF-Mitarbeitern erarbeiteten Gewerbesteuer von 175 Millionen EURO wieder über 30 Millionen als Gewerbesteuerumlage an das Land abgeführt werden müssen, das dieses Geld dann für den Nürburgring, den Flughafen Hahn oder das Schlosshotel in Bad Bergzabern ausgibt. Trotz des riesigen Defizits muss unsere Stadt insgesamt über 45 Millionen EURO als Umlage abführen! So wird unsere Stadt durch die Politik von Bund und Land finanziell ausgeblutet!

Kulturhauptstadt Europas? Schon 200.000 EURO (!) gab die Stadt für die Bewerbung Mannheims als Kulturhauptstadt Europas aus, was - wenn überhaupt - frühestens 2025 möglich gewesen wäre. Bis dahin wären es dann

rund 1,8 Millionen EURO geworden. Schon seit über einem Jahr fordern wir mit Nachdruck, diese Förderung einzustellen und das Geld sinnvoller für Projekte in LU zu verwenden. Endlich wollen CDU und SPD unsere Forderung nach einer Streichung wahrnehmen. **Ausbau der Kindertagesstätten** Dies ist ein weiteres Beispiel, wie Versprechungen von Bundes- und Landespolitikern mit Schulden unserer Stadt finanziert werden: Um die Garantie eines Kindergartenplatzes für zweijährige Kinder zu erfüllen, mussten zahlreiche Kindergärten umgebaut werden, ohne ausreichende Förderung. So betrug beispielsweise die Kosten des Umbaus der Kindertagesstätte Löwenzahn in der Gartenstadt 1,378 Millionen EURO. Dazu gab das Land einen lächerlichen Zuschuss von gerade mal 24.000 EURO. Von Bund und Land bestellt, vom Ludwigshafener Bürger über Schulden bezahlt! Deshalb haben wir beantragt, dass Lu gegen das Land Klage für eine bessere Finanzhilfe einreicht! **Schulsozialarbeit** Wir setzen uns weiterhin für die Beibehaltung der Schulsozialarbeit ein, weil wir sie für wichtiger halten als das Projekt „Europäische Kulturhauptstadt Mannheim“ zu finanzieren.



EHRENAMT

Die ehrenamtliche Unterstützung der Bürger ist für den Erhalt und Zusammenhalt in unserer Stadt unentbehrlich. Der Förderkreis Ebertpark und der Förderverein der

Stadtbibliothek Friesenheim zeigen Ihnen zwei Beispiele, wie wir zur Erhaltung vernachlässigter städtischer Infrastruktur beitragen.

ENERGIEGENOSSENSCHAFT

Klima- und Umweltschutz sind eine Generationenaufgabe und seit Jahren ein Schwerpunkt unserer politischen Arbeit. Wir freuen uns daher, dass unser Antrag, eine „Energiegenossenschaft“ zu gründen (Stadttrat vom 07.05.2012) umgesetzt wurde und danken dem Initiativkreis der ILA21 LU e.V. für seine engagierte, überparteiliche Arbeit. Die von uns gewünschte Beteiligung von TVL und Sparkasse wird helfen, das En-

ergie-Projekt auf eine solide finanzielle Basis zu stellen. Als nächsten Schritt verlangen wir, die Arbeit des 2012 gegründeten Klimabeirats, der bisher öffentlich kaum in Erscheinung getreten ist, transparenter zu machen. Den Beirat hatte im Übrigen ebenfalls die FWG-Stadtratsfraktion in einem Antrag vom September 2010 (!) gefordert.

SANIERUNG LINIE 10 & KANALAUSBAU IN DER HOHENZOLLERSTRASSE



Neben unserem Einsatz für die Sanierung der Linie 10 stehen wir für eine Verbesserung der Gesamtsituation des ÖPNV in Ludwigshafen. Veraltete, lärmintensive Busse der Subunternehmer des RNV müssen durch Busse mit Standards, die den Umweltplaketten entsprechen, ersetzt werden. Alle Stadtteile müssen an dem von der Landesregierung geförderten Rheinland-Pfalz-Takt ohne Umwege teilnehmen können, eine ÖPNV Anbindung an den Bahnhof Frankenthal für Oppau, Edigheim und Pfingstweide muss ermöglicht werden. Dank unserer Fraktion ist die geplante Endhaltestelle der

künftigen Straßenbahnlinien zur Pfingstweide in der Planung des Neubaugebietes „Pfingstweide Mitte“ erhalten geblieben. In den nächsten Jahren muss der Ausbau des ÖPNV - insbesondere mit dem Ausblick auf die langjährige Sanierung der Hochstraße - schnell vorangehen. Zur Stauvermeidung muss ein attraktives ÖPNV-Angebot verstärkt Verkehrsteilnehmer von der Straße auf die Schiene locken. Auf den übrigen Strecken sind der Ausbau der Buslinien in die Neubaugebiete von Melm & Rheingönheim und die Verbesserung der Anschlüsse in der Gartenstadt und in Maudach zu präferieren.

TIERSCHUTZ

Mehrfach haben wir uns für eine Kastrations- und Kennzeichnungspflicht frei lebender Katzen eingesetzt. Angesichts der hohen Zahl von Fundtieren, die im Tierheim und beim Tierschutzverein abgegeben werden, ist solch eine Regelung dringend erforderlich. Es ist die einzige Möglichkeit, die ungehemmte Vermehrung der Tiere zu verhindern. Hinzu kommen zahlreiche Plätze mit frei

lebenden und verwilderten Katzen, die ohne direkten Kontakt zum Menschen leben und von Tierschützern versorgt werden. In einem Fall in der Gartenstadt handelte es sich um über 50 Tiere! Aufgrund unseres Eingreifens gibt es auch in der Eberthalle keine Reptilienbörse mehr. Dort wurden diese empfindlichen Tiere ohne ausreichende Beratung einfach so „verramscht“!

BÄDERPROBLEMATIK



Willersinnfreibad: Für ca. 6,75 Millionen EURO wird für die Besucher erkennbar nur ein neues 50m-Schwimmbecken gebaut. Die Sanierung der vollkommen maroden Umkleide- und Toilettenanlage ist „vorläufig zurückgestellt“. Dies ist für die Besucher unzumutbar! Aufgrund einer Ausschreibung hatten sich im Jahr 2001 bereits 10 Interessenten für den Bau eines Kombibades mit Sauna gemeldet. Wir fordern deshalb seit Jahren den Bau eines Kombibades! Die Gemeinden im Umland sind hier schlauer: Der Landkreis hat das Maxdorfer Bad für 7,4 Millionen EURO zu einem Kombibad mit Freibecken und Saunalandschaft umgebaut. Speyer hat für 14 Millionen EURO, wozu das Land 4 Millionen EURO beisteuerte, das Bademaxx gebaut und steigert alljährlich seine Besucherzahlen; im letzten Jahr waren es 375.000 (!). Neben einem attraktiven Bäderan-

gebot erfolgt auch eine erhebliche Reduzierung des Zuschussbedarfes, da diese Kombibäder sehr viel höhere Einnahmen erzielen. **Bliesbad:** Die Herabstufung zur Badestelle lehnen wir vehement allein schon aus Sicherheitsgründen ab. Das Nichtschwimmerbecken wurde herausgenommen und unter der Woche gibt es keine Badeaufsicht mehr. Eintritt wird aber weiterhin erhoben. **Fehlende Saunalandschaft:** Viele Bürgerinnen und Bürger vermissen seit Jahren eine öffentliche Sauna in Ludwigshafen, die beleagbar dämpfend auf die beim Bäderbetrieb anfallenden Unterhaltskosten wirken würde. Alle unsere Anträge hierzu wurden jedoch abgelehnt, die Bürger stattdessen ins Umland verwiesen. Natürlich werden sie bei dieser Gelegenheit gleich auch im Umland baden gehen - so werden zahlende Gäste „vergrault“!!

RAUCHVERBOT AUF SPIELPLÄTZEN

Nachdem eine Mutter im Stadtteil West auf einem Spielplatz nicht weniger als 585 Zigarettenstummel (!) gezählt und sich an uns gewandt hatte, haben wir zum Schutz unserer Kinder ein generelles Rauchverbot auf den Spielplätzen im Stadtrat eingebracht und auch durchgesetzt!

Der FWG ging es dabei weniger um die Belästigungen durch den Rauch selbst, als um den Schutz der Kinder vor problematischen Zigarettenresten, die viele Kleinkinder in den Mund nehmen! Gerade auf diese Problematik wurden wir von vielen besorgten Eltern hingewiesen.

THEATER IM PFALZBAU



Seit Jahren fordern wir eine Konzentration auf Ballett- und Tourneetheater! Nur durch solch ein attraktives Programm können mehr Besucher gewonnen und die Einnahmen entsprechend erhöht werden. Gleichzeitig sind wir dafür eingetreten, gerade im Abonnementbereich mit den Theatern in Mannheim und Heidelberg besser zu kooperieren. Nach wie vor unverständlich ist für

uns die nicht richtig funktionierende Brandschutztechnik, die Besucher immer wieder in Angst und Schrecken versetzt. Für was wurden denn die Millionen bei der Modernisierung investiert? Wer ist für dieses Desaster verantwortlich? Wir verlangen eine lückenlose Aufklärung darüber, wer hier zum Schaden der Stadt versagt hat!

INTEGRATION & KINDERGÄRTEN

In unserer Stadt beträgt der Anteil der Migranten/innen bei den Neugeborenen etwa 58 Prozent. Gerade diese Bevölkerungsgruppe benötigt eine intensive Betreuung und Unterrichtung im Kindergartenalter; um bei der Einschulung entsprechend ausgebildet zu sein und insbesondere entsprechende Deutschkenntnisse zu besitzen. Leider wird im aktuellen Schulentwicklungsbericht 2012/13 immer noch vermeldet: „Auf den Punkt gebracht lässt sich als Schule für Schüler ohne Mi-

grationshintergrund unverändert das Gymnasium erkennen und als Schule für Schüler mit Migrationshintergrund die Realschule plus.“ Aus diesen Gründen setzt sich die FWG seit Jahren für eine Umwandlung der Kindergärten in Vorschulen nach französischem Vorbild ein. Dies hätte zur Folge, dass Erzieher/innen besser ausgebildet werden, der Besuch kostenlos, aber verpflichtend ist. Dies wäre ein wichtiger Schritt zur Integration der ausländischen Mitbürger.